

Scharfe Kritik an Hartz-Gesetzen und Gewerkschaftsspitze

Hartz-Gesetze „gewerkschaftsschädigend“ und „in der Sache völlig untauglich“ !

Einstimmig verabschiedete der Bezirksverbandstag der IG BAU Hamburg heute einen Antrag des Ortsverbandes Hamburg-Nord, der sich vehement gegen die Unterstützung des Hartz-Konzeptes durch die IG BAU wandte. Der Bundesvorsitzende Klaus WieseHügel hatte den Delegierten kurz vor der Abstimmung zugestanden: „Ich habe mich geirrt“.

Wohl auch aufgrund der massiven Kritik an der Hartz-Unterstützung, die mehrere Ortsverbände in Hamburg und Berlin zuvor geübt hatten, ruderte WieseHügel am Samstag weit zurück: „Die jetzige Linie der Bundesregierung hätte ich mir nie träumen lassen. Im Nachhinein ist man immer schlauer, aber: Hätte ich das gewußt, wäre die Entscheidung im September anders ausgefallen – ich habe mich geirrt“. So kommentierte der IG BAU – Bundesvorsitzende die jüngsten Angriffe auf die Sozialsysteme durch die Bundesregierung.

Dennoch übten Delegierte – unter anderem aus Norderstedt – auf dem Bezirksverbandstag noch einmal scharfe Kritik an den Hartz-Gesetzen und ihrer Unterstützung durch die Baugewerkschaft. Schon im November letzten Jahres hatte der IG BAU – Ortsverband Hamburg-Nord eine Resolution gegen Hartz verabschiedet, im Februar schließlich einen Antrag an den Bezirksverbandstag beschlossen. Darin heißt es unter anderem: „Der Bezirksverband Hamburg (...) hält die von der Bundesregierung beschlossenen, so genannten „Hartz-Gesetze“ für in der Sache völlig untauglich und ihre Unterstützung für gewerkschaftsschädigend. Die bereits beschlossenen wie noch geplanten Maßnahmen des Hartz-Konzeptes stellen einen der dramatischsten Angriffe auf soziale Sicherungen und die Rechte von Arbeitslosen wie Beschäftigten dar, den die Bundesrepublik je erlebt hat.“

Leider ohne eine nachhaltige Debatte und nach nur zwei Redebeiträgen stimmten schließlich alle 55 Delegierten für den Antrag, in dem sich die IG BAU Hamburg von der Hartz-Politik ihres Bundesvorstandes distanziert. Klaus WieseHügel war es offenbar gelungen, durch seine weitreichenden Eingeständnisse zu Beginn des Bezirksverbandstages die meisten Emotionen aus der Debatte zu nehmen.

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt 

Ortsverband IV (Hamburg Nord)

c/o Olaf Harning

c/o Bezirksverband Hamburg

Hamburg, den 26. Februar 2003

Langer Kamp 148

Jungestraße 1

22850 Norderstedt
Tel.: 040 – 521 10 438
olaf.harning@web.de

20 535 Hamburg
Tel.: 040 / 25 30 44 19
hamburg@igbau.de

Antrag an den Bezirksverbandstag am 22. März 2003

**Antragsteller: Ortsverband IV
Betreff: Hartz-Gesetze**

Der Bezirksverbandstag möge beschließen:

Der Bezirksverband Hamburg der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt hält die von der Bundesregierung beschlossenen, so genannten „Hartz-Gesetze“ für in der Sache völlig untauglich und ihre Unterstützung für gewerkschaftsschädigend. Die bereits beschlossenen wie die noch geplanten Maßnahmen des Hartz-Konzeptes stellen einen der dramatischsten Angriffe auf soziale Sicherungen und die Rechte von Arbeitslosen wie Beschäftigten dar, den die Bundesrepublik je erlebt hat.

Die IG BAU Hamburg distanziert sich daher von der Unterstützung des Hartz-Konzeptes durch den Bundesvorstand und fordert ihn auf, künftig jede Unterstützung und auch jede positive Kommentierung der Hartz-Gesetze zu unterlassen. Außerdem fordert die IG BAU Hamburg den Bundesvorstand auf, umgehend eine Kampagne gegen die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung zu initiieren und gemeinsam mit den Bezirksverbänden die Verteidigung der gewerkschaftlichen Erfolge zu organisieren.

Begründung:

Der Ortsverband IV hat kein Verständnis für die bisher bekundete Unterstützung der IG BAU für das „Hartz-Konzept“. Die Vorschläge der Kommission richten sich in erster Linie gegen arbeitslose KollegInnen, aber auch gegen diejenigen Mitglieder der IG BAU, die noch in Lohn und Brot stehen. Eine Unterstützung dieser Politik scheint uns nicht nur gegen den eigentlichen Sinn gewerkschaftlicher Arbeit, sondern auch eklatant gegen die „Bonner Satzung“ unserer Organisation zu verstoßen, in der es in § 3 unter anderem heißt: „Die IG BAU vertritt die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder und verbindet sie in solidarischem Handeln.“

Wie dies mit dem Zusammenstreichen der Arbeitslosenhilfe, zahllosen repressiven Maßnahmen gegen Arbeitslose, der Ausweitung von Befristungsmöglichkeiten für ältere KollegInnen oder auch mit der massiven Förderung von Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit vereinbar sein soll, ist uns völlig schleierhaft.

Die eingeführten oder verschärften Repressalien und Kürzungen bei Arbeitslosen wie Beschäftigten brechen nicht nur den Solidaritätsgedanken der sozialen Sicherungssysteme, sondern müssen auch als zentraler Angriff auf unsere Tariflöhne, das Arbeitsrecht und die geschichtlichen Erfolge der Gewerkschaftsbewegung angesehen werden.

Schon in Kürze werden wir es in den Betrieben mit speziellen ArbeitnehmerInnen zu tun haben, die keinen Kündigungsschutz genießen und entgegen anderslautender Berichte auch keine Tariflöhne erhalten. Diese zur Leiharbeit oder zur Ich-AG-Scheinselbstständigkeit genötigten KollegInnen können künftig selbst mit Hilfe der Gewerkschaft oder durch Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte nicht vor Lohndumping und anderen Erniedrigungen geschützt werden.

Der Bundesvorstand hat die Unterstützung dieses Sozialdumpings ohne jegliche vorherige Debatte in der Mitgliedschaft vorgenommen und ist bislang eine Begründung hierfür schuldig geblieben. Zudem wurden die Mitglieder der IG BAU bis heute nicht umfassend und vor allem nicht wahrheitsgemäß über den Inhalt der Hartz-Gesetze informiert.

Dieses Handeln ist nicht hinnehmbar.